

An die Bewilligungsbehörde

Antrag auf Erschwernisausgleich Wald Antragsjahr

Straße/ Postfach:

PLZ, Ort:

Registriernummer der Antragstellerin/des Antragstellers														
Nation			BL		Landkreis			Gemeinde			Betrieb			
2	7	6	0	3										

Antragsteller/in, Unternehmenssitz

(Ort der steuerlichen Festsetzung bzw. niedersächsische/ bremer Adresse)

Name/ Bezeichnung:	
Vorname:	
Ortsteil:	
Straße und Hausnr.:	
Nation, PLZ, Ort:	

Eingangsstempel Bewilligungsstelle
Aktenzeichen

Antragsteller/in (abweichende postalische Anschrift)

Name/ Bezeichnung:	
Vorname:	
Ortsteil:	
Straße und Hausnr. o. Postfach:	
Nation, PLZ, Ort:	

Eingangsstempel Antragsannahme
Datum, Handzeichen

Stammdatenblatt

Titel (Angabe freiwillig):		Generation (Angabe freiwillig):	
Telefon:		Fax.:	
E-Mail:		Mobil:	
Zuständiges Finanzamt:			
IBAN:			
Sofern abweichende/r Kontoinhaber/in (Bevollmächtigte/ Bevollmächtigter): Vollmacht unter 1.3. muss vorliegen			
Name/ Bezeichnung (Bevollmächtigte/r):		Vorname (Bevollmächtigte/r):	
Angewiesene Bankverbindung gilt für folgende Fördermaßnahmennummer/n:			

Abweichende Bankverbindung für mit diesem Antrag beantragte Maßnahmen: ggf. Kontoinhaber/in (sofern abweichend von oben); Vollmacht unter 1.3. muss vorliegen	
Name/ Bezeichnung:	Vorname:
IBAN:	
Angewiesene Bankverbindung gilt für folgende Fördermaßnahmennummer/n:	

Nation			BL		LK			Gemeinde			Betrieb		
2	7	6	0	3									

1. Allgemeine Angaben zur Antragstellerin/ zum Antragsteller

1.1	Unternehmensform		
1.1.1	Einzelunternehmen/ natürliche Person	Geburtsdatum: _____	
		Geburtsort: _____	
		Geschlecht: männlich weiblich divers	
1.1.2	Rechtsform der Antragstellerin/ des Antragstellers		
	Sonstige Gebietskörperschaft Körperschaften des öffentlichen Rechts Eingetragener Verein (e.V.) Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR) Nähere Angaben sind unter Ziffer 1.2 zu machen Limited (Ltd.) Unternehmergesellschaft (UG (haftungsbeschränkt)) GmbH GmbH & Co. KG Aktiengesellschaft (AG) Eingetragene Genossenschaft (eG) Offene Handelsgesellschaft (OHG) Kommanditgesellschaft (KG) Eheleute (soweit keine GbR) Folgen nicht dem Zweck, gemeinsam Vermögen aufzubauen, berufliche oder gewerbliche Tätigkeit auszuüben. Nähere Angaben sind unter Ziffer 1.2 zu machen. Sonstige (z. B. Stiftung): _____ Gründungsdatum: _____ Ja Nein Die von uns angegebene Rechtsform besteht ausschließlich aus juristischen Personen.		
Hinweis:			
Im Falle einer Rückforderung von zu Unrecht gezahlten Prämien und Beihilfen richtet sich die Haftung der Gesellschafter/innen, Mitglieder o. Ä. nach den für die jeweilige Rechtsform gültigen Rechtsgrundlagen. Je nach Rechtsform können daher die Gesellschafter/innen, Mitglieder o. Ä. ggf. auch persönlich zur Haftung herangezogen werden.			

Nation			BL		LK			Gemeinde			Betrieb		
2	7	6	0	3									

1.3 Vollmacht/ Vertretungsberechtigung							
Ja	Nein	Wurde eine Vollmacht/ Vertretungsberechtigung erteilt oder liegt eine gesetzliche Vertretungsberechtigung vor? Bevollmächtigte/r bzw. Vertretungsberechtigte/r ist/ sind:					
Name / Bezeichnung		Vorname	Art*	gültig ab	gültig bis	Vollmacht liegt	
						vor**	bei**

Hinweise:
 * Bitte folgende Vollmachten eintragen: 1 = unbefristete Vollmacht, 2 = befristete Vollmacht, 3 = gesetzliche Vertretungsberechtigung.
 ** Es müssen pro Bevollmächtigte/r Name / Bezeichnung und Vorname sowie Angaben zur Art und Befristung der Vollmacht in den entsprechenden Feldern angegeben werden.
 Hierbei ist danach zu unterscheiden, ob der Bewilligungsstelle bereits eine Vollmacht vorliegt (bitte ankreuzen „Vollmacht liegt vor“) oder ob mit diesem Antrag die entsprechende Vollmacht erteilt wird (bitte ankreuzen „Vollmacht liegt bei“). Abweichende Angaben müssen korrigiert werden.

2. Ergänzende Angaben zum Unternehmen, weitere Registriernummern

Ja	Nein	Der Hauptsitz meines/ unseres Betriebes befindet sich außerhalb von Niedersachsen bzw. Bremen . Ich habe/ Wir haben eine Registriernummer erhalten, um in Niedersachsen bzw. in Bremen an den investiven Förderprogrammen teilnehmen zu können. Die für meinen/ unseren Betriebssitz außerhalb von Niedersachsen bzw. Bremen geltende Registriernummer lautet:																												
<table border="1" style="margin: auto; border-collapse: collapse;"> <tr> <th colspan="3">Nation</th><th colspan="2">BL</th><th colspan="3">LK</th><th colspan="3">Gemeinde</th><th colspan="3">Betrieb</th></tr> <tr> <td>2</td><td>7</td><td>6</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> </table>			Nation			BL		LK			Gemeinde			Betrieb			2	7	6											
Nation			BL		LK			Gemeinde			Betrieb																			
2	7	6																												
Ja	Nein	Ich beantrage/ Wir beantragen auch Zahlungen in anderen EU-Mitgliedstaaten.																												

Nation			BL		LK			Gemeinde			Betrieb		
2	7	6	0	3									

3. Antrag auf Erschwernisausgleich für Wald

Ja	Nein	Wir sind ein forstwirtschaftlicher Zusammenschluss im Sinne des § 15 des Bundeswaldgesetzes.
Ja	Nein	Wir beantragen Erschwernisausgleich für Wald. Grundlage hierfür ist die Verordnung über den Erschwernisausgleich für Wald in geschützten Teilen von Natur und Landschaft in Natura 2000-Gebieten in Verbindung mit der jeweiligen Schutzgebietsverordnung. Die Anlage 1 haben wir vollständig ausgefüllt und unterschrieben. Nur bei erstmaliger Antragstellung oder bei neuen Flächen: Die betreffende/n Waldfläche/n haben wir in einer Karte/einem Luftbild entsprechend skizziert und beigelegt.
Ja	Nein	Der Anspruch für die in der Anlage 1 aufgeführten Flächen wurde an uns abgetreten. Entsprechende Belege liegen uns vor und können <u>auf Verlangen</u> der Bewilligungs-/Kontrollbehörde vorgelegt werden.
Ja	Nein	Die Abtretenden sind aufgrund von Eigentum oder privatrechtlicher Vereinbarung (z.B. Pacht) berechtigt die Fläche zu nutzen. Die entsprechenden Eigentums-/Bewirtschaftungsnachweise liegen uns vor und können <u>auf Verlangen</u> der Bewilligungs-/Kontrollbehörde vorgelegt werden.
Ja	Nein	Uns ist bekannt, dass im Jahr der Auszahlung für die Bewilligung der Ausgleichszahlung eine De-minimis-Erklärung erforderlich sein kann. <u>Auf Anforderung</u> werden wir die erforderlichen Erklärungen gesammelt bei der Bewilligungsbehörde vorlegen.
Ja	Nein	Die Bewirtschaftenden/Eigentümer erhalten für die beantragten Flächen <u>keine</u> Entschädigung nach § 68 Abs. 1 bis 3 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) bzw. nach § 42 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes (NNatSchG).
Ja	Nein	Die Bewirtschaftung der Antragsflächen unterliegt <u>nicht</u> dem Zustimmungs-/Abstimmungs- oder Genehmigungsvorbehalt der unteren Naturschutzbehörde. Sofern ein Vorbehalt vorliegt haben wir entsprechende Belege beigelegt bzw. liegen diese der Bewilligungsbehörde bereits aus den Vorjahren vor.
Ja	Nein	Die Bewirtschaftenden/Eigentümer erhalten für die beantragten Flächen <u>keine</u> Direktzahlungen/Agrarförderungen.
Ja	Nein	Die Bewirtschaftenden/Eigentümer erhalten für die beantragten Flächen <u>keine</u> finanziellen Mittel oder Vergünstigungen von anderer Seite. Sofern finanzielle Mittel oder Vergünstigungen von anderer Seite gewährt werden haben wir entsprechende Belege beigelegt bzw. liegen diese der Bewilligungsbehörde bereits aus den Vorjahren vor.

4. Bei Folgeanträgen

Ja	Nein	Hiermit erklären wir, dass es auf den Antragsflächen hinsichtlich der Eigentums- und Bewirtschaftungsverhältnisse seit dem Antrags-Vorjahr keine Veränderungen gab.
Ja	Nein	Uns ist bekannt, dass die mit dem Erstantrag unterzeichnete Verpflichtungserklärung weiterhin gilt und dass Verstöße entsprechend der Vereinbarung geahndet werden.

Nation			BL		LK			Gemeinde			Betrieb		
2	7	6	0	3									

5. Erklärungen zum Antrag

- Auf den beantragten Flächen werden die Auflagen der jeweiligen Schutzgebietsverordnung eingehalten.
- Die beantragten Flächen werden als Wald bewirtschaftet.
- Uns ist bekannt, dass für Flächen, für die der Erschwernisausgleich-Wald beantragt ist oder gewährt wird, eine chronologische Aufzeichnung zu führen ist, mit der die auf den beantragten Flächen durchzuführenden und durchgeführten forstwirtschaftlichen Maßnahmen so dokumentiert werden, dass die Aufzeichnung als Nachweis für die Einhaltung von Bewirtschaftungsbeschränkungen geeignet ist (Maßnahmenkartei). Die Verpflichtung nach Satz 1 besteht nicht, wenn aus einem anderen rechtlichen Grund eine andere flächenbezogene Kartei geführt wird, die den Anforderungen nach Satz 1 entspricht. Die Maßnahmenkartei zum Erschwernisausgleich oder die entsprechende flächenbezogene Kartei wird zur Einsichtnahme vorgehalten und der Landwirtschaftskammer Niedersachsen auf Verlangen vorgelegt.
- Jede Abweichung vom Antrag, insbesondere jede Nutzungsänderung, jede Änderung in der Größe der bewirtschafteten Flächen, den Wechsel des Nutzungsberechtigten oder die Zahlungen für ähnliche Verpflichtungen auf derselben Fläche werden wir der Bewilligungsstelle bei der Landwirtschaftskammer Niedersachsen unter Angabe der Gründe unverzüglich mitteilen.

Wir erklären, dass

- sich die in der Anlage 1 aufgeführten Antragsflächen nicht im Eigentum der öffentlichen Hand (z.B. Bund, Land, Landkreis, Stadt, Gemeinde, usw.) befinden.
- auf den Flächen keine Pflichten zur Nutzungsbeschränkung aus anderen Gründen bestehen, als nach den Regelungen der unter „Fördermaßnahme“ genannten Schutzgebiete. Andernfalls liegt diesem Antrag eine entsprechende Mitteilung bei.

Diesem Antrag sind die folgenden Unterlagen beizufügen:	Anzahl der angefügten Seiten:
• Anlage 1 (Antragsflächen) zum Antrag auf Erschwernisausgleich für Wald	
• Verpflichtungserklärung der Antragstellerin/des Antragstellers (nicht bei Folgeanträgen)	
• Eigentums-/Bewirtschaftungsnachweise für die beantragten Flächen (nur bei erstmaliger Antragstellung oder bei neuen Flächen)	

Die Nichteinwilligung zu den vorstehenden Hinweisen, Verpflichtungen, Einwilligungen und Erklärungen führt grundsätzlich zur Ablehnung des Antrages bzw. zum Rücktritt von der Vereinbarung.

Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und erkennen die dargelegten Hinweise, Verpflichtungen, Einwilligungen und Erklärungen und Hinweise für uns als verbindlich an.

Ort und Datum

Unterschrift/en des/ der Antragstellers/ in bzw. der vertretungsberechtigten Person oder sämtlicher Mitglieder einer GbR, UG (haftungsbeschränkt) bzw. Limited